



Deutsch-Rumänische
Industrie- und Handelskammer
Camera de Comerț și Industrie
Româno-Germană

KONJUNKTURBERICHT

RUMÄNIEN

2018



INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	S. 3
II.	Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick	S. 4
III.	Rumänien: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	S. 5
IV.	Wirtschaftslage und Erwartungen der Unternehmen	S. 6
V.	Standortbedingungen	S. 8
	1. <i>Wirtschaftspolitische Faktoren</i>	S. 8
	2. <i>Operatives Geschäftsumfeld</i>	S. 10
	3. <i>Bedingungen am Arbeitsmarkt</i>	S. 11
VI.	Attraktivität des Standortes: Unternehmen weniger zufrieden	S. 13
VII.	Über die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer	S. 14
	Anhang 1: Detaillierte Umfrageergebnisse	
	Anhang 2: Über die Umfrage	

I. Einleitung

Die Auslandshandelskammern (AHKs) in Mittel- und Osteuropa haben auch dieses Jahr eine gemeinsame Umfrage durchgeführt, aus der die wirtschaftliche Lage, die allgemeinen Rahmenbedingungen, die Qualität der Standortbedingungen sowie die Erwartungen der deutschen Unternehmen im jeweiligen Gastland hervorgehen. Die Umfrage wurde nun zum 13. Mal gemeinsam mit deutschen AHKs in 15 Ländern der Region Mittel- und Osteuropa (MOE)¹ durchgeführt. Zahlreiche deutsche Unternehmen haben hier strategisch investiert und Produktionsstandorte aufgebaut. Die Umfrage dient einerseits der Unterstützung deutscher Unternehmen in ihrer Investitionsentscheidung. Andererseits sind die Ergebnisse eine wertvolle Hilfe für die Arbeit der AHKs und der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger des jeweiligen Landes.

Durch die geographisch günstige Lage, mit seinen rund 19,5 Mio. Einwohnern und einem steigenden verfügbaren Einkommen ist das EU-Mitglied Rumänien ein wichtiger Absatzmarkt in Süd-Ost Europa. Deutsche Unternehmen haben in den letzten 25 Jahren kontinuierlich in Rumänien investiert und maßgeblich zum Technologie-Transfer sowie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der rumänischen Wirtschaft beigetragen. Damit diese Entwicklung weiter andauert und weiterhin Arbeitsplätze geschaffen werden, benötigen Unternehmen vor allem ein stabiles Wirtschaftsumfeld, Rechtssicherheit, eine gut ausgebaute Infrastruktur und ein gut funktionierendes Ausbildungssystem. Auch die Fortführung der Korruptionsbekämpfung ist ein wichtiger Aspekt. Diese sowie weitere Standortfaktoren wurden in der Umfrage berücksichtigt.

Die Demonstrationen und Protestaktionen der Zivilgesellschaft im Januar – Februar 2017 gegen die sozialdemokratische Regierung, die sich während des gesamten Jahres fortgesetzt haben, und die gegen die Änderungen des Strafgesetzbuches und andere Gesetzinitiativen in den Bereichen Strafrecht oder Steuern gerichtet waren, haben die Ergebnisse der Umfrage in Rumänien stark beeinflusst. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Unternehmen haben durch die zahlreichen gesetzlichen Veränderungen das Vertrauen in die Regierung zu einem guten Stück verloren. Der notwendige Dialog zwischen Privatwirtschaft und den öffentlichen Entscheidungsträgern findet längst nicht ausreichend statt, wichtige Entscheidungen werden einseitig, oft auch überraschend getroffen.

Basierend auf den Ergebnissen der MOE-Umfrage, haben wir den vorliegenden **Konjunkturbericht zu Rumänien** erarbeitet, der einen Vergleich zwischen Rumänien und den anderen Ländern der MOE-Region ermöglicht, aber auch dazu dient, sich ein Bild über den Standort Rumänien zu verschaffen.

Als offizielle Vertretung der deutschen Wirtschaft in Rumänien arbeitet die AHK Rumänien an der Verbesserung des Investitionsstandortes und des Geschäftsklimas in Rumänien. Insbesondere durch unsere konstruktive und praxisnahe Arbeit in unseren Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themenbereichen wie Arbeitsrecht, Berufsbildung, Umwelt, Gesundheit, Vergaberecht und Steuern leisten wir einen wichtigen Beitrag für geschäftsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Als AHK verstehen wir uns als Bindeglied zwischen Privatwirtschaft und Entscheidungsträger in den rumänischen Verwaltungen.

¹ MOE: die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) und die Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien)

II. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

An der aktuellen Umfrage haben 130 Unternehmen mit deutschem Kapital teilgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass das **Vertrauen deutscher Unternehmen in den Standort** Rumänien weiter gesunken ist und auch die Aussichten sind nicht positiv. Die negative Tendenz, die bereits bei der Vorjahresumfrage bemerkbar war, setzt sich somit fort.

Die Unternehmen blicken besorgt in die Zukunft. Die Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit im Wirtschaftsleben haben zugenommen, das Vertrauen in die Regierung ist weiter geschrumpft und damit auch die Hoffnung, dass die notwendigen Schritte unternommen werden, um Reformen wie die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitigem Abbau der Bürokratie, die Fortführung der Korruptionsbekämpfung, eine Verbesserung der Absorption von EU-Fördermitteln, die Privatisierung von Staatsbetrieben bzw. der Abbau bestehender Ineffizienzen in diesen Betrieben und die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts voranzutreiben. Arbeits- und Fachkräftemangel, Rechtsunsicherheit und politische Instabilität erschweren den Erfolg am Investitionsstandort Rumänien. Große Mängel sehen die Unternehmen außerdem in der Verkehrsinfrastruktur.

Die aktuelle Wirtschaftslage sowie die wirtschaftliche Entwicklung werden von den Unternehmen schlechter bewertet als im Vorjahr. Die zahlreichen steuerlichen Änderungen und das Bremsen von Reformen im öffentlichen Sektor sowie die Senkung der staatlichen Investitionen zugunsten der Erhöhung von Löhnen und Gehältern haben zu einer negativen Stimmung unter den Investoren geführt. Diese Einschätzung zur Wirtschaftsentwicklung ist auf den ersten Blick umso erstaunlicher angesichts des sehr hohen Wirtschaftswachstums in Höhe von rund sieben Prozent im letzten Jahr. Die Unternehmen rechnen wohl damit, dass sich das Wachstum deutlich abkühlen wird, da die notwendigen Investitionen zum Beispiel in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit bislang ausgeblieben sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch die **Beurteilung der eigenen aktuellen Geschäftslage** zu sehen. Die befragten Unternehmen schätzen ihre eigene Lage auf Grund der derzeitig sehr guten Konjunktur als besser ein als im Vorjahr, wollen mehr Personal einstellen und ihre Investitionen fortführen. So liegt der Anteil derjenigen, die ihr Personal aufstocken wollen, weit über dem Anteil derer, die eine Reduzierung planen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Unternehmen darüber hinaus eher bereit, weitere Investitionsausgaben zu planen. Die gute Geschäftslage der hiesigen deutschen Unternehmen ist insbesondere der positiven Entwicklung der Hauptwirtschaftspartner, insbesondere Deutschland, zu verdanken. Doch blicken viele Unternehmen zunehmend pessimistisch auf die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Rumänien, da die Nachhaltigkeit und positiven Effekte der staatlichen Maßnahmen in Frage gestellt werden und Investitionen in zentrale Kriterien, die den Standort langfristig sichern, nicht angepackt werden.

Mit Blick auf die einzelnen Standortbedingungen wurden dieses Jahr die meisten Kriterien negativ bewertet. Die einzigen Standortkriterien, die sich verbessert haben, betreffen die lokalen Zulieferer, die Bedingungen für Forschung und Entwicklung sowie die Qualifikation der Arbeitnehmer. Was Faktoren wie Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, öffentliche Verwaltung/Bürokratie, Verfügbarkeit von Fachkräften, (Verkehrs-)Infrastruktur, Rechtssicherheit, Korruptionsbekämpfung, Arbeitsmarkt oder öffentliche Vergabe betrifft, sind die Bewertungen genauso schlecht oder sogar schlechter als 2017 ausgefallen.

III. Rumänien: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Rumänien verzeichnete 2017 ein deutliches Wirtschaftswachstum. Der **Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 6,9%** stellt das größte Wirtschaftswachstum seit 2008 dar und hat das vieler anderer europäischer Länder überholt. Der Anstieg ist insbesondere auf den Aufschwung des privaten Konsums zurückzuführen aufgrund höherer verfügbarer Einkommen durch ein starkes Wachstum der Löhne und Senkungen der Mehrwertsteuer. Durch das neue einheitliche Lohngesetz wurden im öffentlichen Dienst die Vergütungen weiter angehoben, was zur weiteren Steigerung der Durchschnittslöhne geführt hat. Für 2018 wird jedoch ein Rückgang des Wirtschaftswachstums auf unter 5% erwartet.

Den höchsten Beitrag zur **Bruttowertschöpfung** auf der Entstehungsseite leistete 2017 die Industrie mit 26,7%, gefolgt vom Handelssektor mit 20,6%. Die **rumänischen Exporte von Gütern** haben historische Höchstwerte erreicht und stiegen 2017 um 9,1% auf 62,8 Mrd. EUR. Noch stärker jedoch legten die **Importe** zu und zwar um 12,2% auf 75,7 Mrd. EUR. Das Handelsdefizit (FOB/CIF) lag bei 13 Mrd. EUR und damit um 3 Mrd. EUR höher als in 2016. Das Leistungsbilanzdefizit verzeichnete 2017 einen Anstieg auf 6,4 Mrd. EUR und war somit das höchste in der Region MOE. Wichtigster **Handelspartner** für Rumänien bleibt Deutschland (zum elften Mal in Folge). Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern erreichte 29,5 Mrd. EUR (+4,6%), das entspricht über 20% des gesamten rumänischen Außenhandels, wobei Im- und Exporte relativ ausgeglichen waren (rum. Importe aus Deutschland: 15,1 Mrd. EUR, rum. Exporte: 14,4 Mrd. EUR). Zu den wichtigsten Produktgruppen im Handel zwischen Deutschland und Rumänien zählen traditionell Maschinen und elektronische Ausrüstungen, Fahrzeuge und Metallprodukte.

Die **makroökonomischen Daten Rumäniens sind im EU-Vergleich weiterhin gut**. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die gesetzlichen Änderungen, wie z.B. das einheitliche Lohngesetz oder die vorgenommenen steuerlichen Änderungen, auf die Wirtschaft auswirken werden. Mit einer niedrigen Staatsverschuldung i.H.v. 35% des BIP (die durchschnittliche Staatsverschuldung in der EU-28 beträgt 83,1% des EU-BIP), einer Arbeitslosenquote von 4,9% und einer HVPi-Inflationsrate von 1,1% steht das Land im europäischen Vergleich gut da. Der durchschnittliche Wechselkurs lag 2017 bei 4,56 RON/EUR und verzeichnete somit keine große Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Das BIP/Kopf stieg von 8.600 in 2016 auf 9.600 EUR.

Rumäniens **Haushaltsdefizit** weist jedoch mit 2,9 Prozent des BIP (knapp unterhalb des Grenzwertes) eine steigende Tendenz auf. Ob das Haushaltsdefizit 2018 die 3 Prozent-Grenze erstmalig seit der Wirtschaftskrise überschreiten wird, bleibt abzuwarten. Nach der globalen Wirtschaftskrise (2008/ 2009) war es dem EU-Land gelungen, das Defizit von rund 9% im Jahr 2009 schrittweise zu senken - bis auf den Tiefstwert von 1,45% im Jahr 2015. Es steht derzeit die Befürchtung im Raum, dass die Gehaltserhöhungen der Staatsbediensteten und die Erhöhung der Renten, sowie die niedrigen Steuereinnahmen das Budget aus dem Gleichgewicht bringen werden.

Die **ausländischen Direktinvestitionen** nach Rumänien blieben mit 4,6 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau (2016: 4,5 Mrd. EUR). Die Hälfte davon kam aus den Niederlanden, Deutschland und Österreich. Deutschland stieg auf Platz zwei in der Rangliste ausländischer Investoren in

Rumänien. (Weitere Wirtschaftsdaten über Rumänien finden Sie in der AHK-Standortbroschüre „Wachstumsmarkt Rumänien“.)

IV. Wirtschaftslage und Erwartungen der Unternehmen

Die Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage sowie die Lage in der jeweiligen Branche, wo Rumänien in den Vorjahren über dem MOE-Durchschnitt lag, haben sich dieses Jahr verschlechtert. Rumänien liegt in dieser Bewertung jetzt unter dem MOE-Durchschnitt.

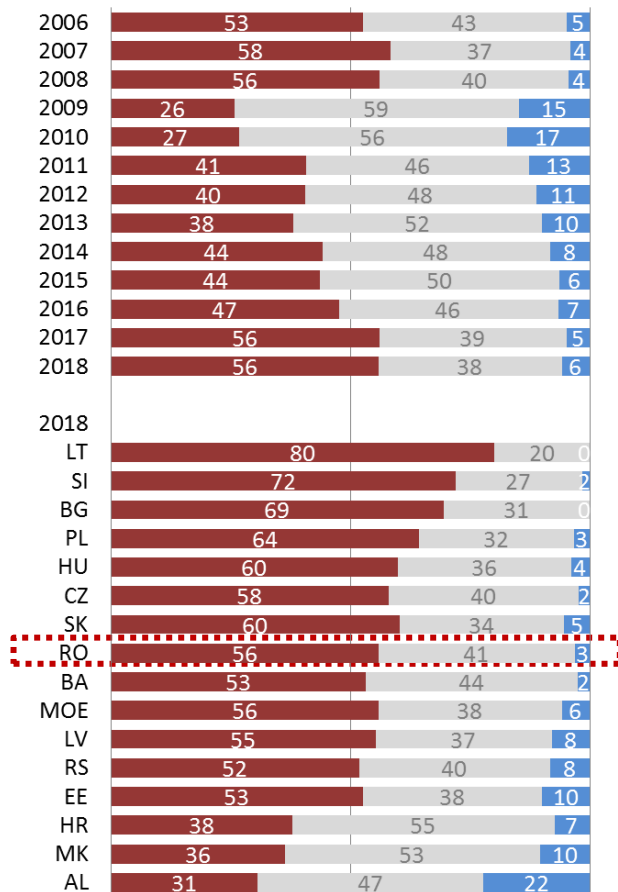
Für die Hälfte der befragten deutschen Unternehmen in Rumänien (50%) ist die **wirtschaftliche Lage des Landes** befriedigend und nur 18% (2015: 15%, 2016: 30%, 2017: 31%) schätzen diese als besser ein im Vergleich zu 2017. Auch im Hinblick auf die Erwartungen für das laufende Jahr hat sich die Stimmung der Investoren verschlechtert. Bei der Beurteilung der **Aussichten für die Wirtschaft** in Rumänien für das laufende Jahr liegt Rumänien weit hinter den anderen MOE-Ländern und ist auf die letzte Position gerückt. Der Anteil derer, die die Aussichten als besser einschätzen ist seit 2015 kontinuierlich gesunken (2015: 56%, 2016: 49%, 2017: 22%, 2018: 16%). Besonders bei den Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche, aber auch bei denen aus der verarbeitenden Industrie ist die Grundstimmung pessimistisch.

Mit der eigenen **Geschäftslage** für das laufende sind die Unternehmen in Rumänien jedoch zufrieden, die Bewertungen liegen knapp über dem MOE-Durchschnitt. Die Anzahl der Befragten, die die aktuelle Geschäftslage ihres Unternehmens als gut beurteilen, liegt mit 56% auf dem Niveau der Vorjahre (2015: 54%, 2016: 50%, 2017: 55%). Und auch was die Entwicklung der Geschäftslage im Vergleich zum Vorjahr betrifft, meinen 60% der Befragten, dass sich diese verbessern wird (2015: 75%, 2016: 61%, 2017: 53%).

36% der Befragten bewerten die konjunkturelle Entwicklung ihrer **Branche** 2018 im Vergleich zum Vorjahr als besser, 19% sehen eine Verschlechterung. Die Lage der Branche zum Zeitpunkt der Befragung wird von 43% als gut eingeschätzt (2017: 45%) und von 12% als schlecht (2017: 13%). Die Ergebnisse sind vergleichbar mit denen des Vorjahres, jedoch liegt Rumänien dieses Jahr in dieser Hinsicht unter dem Durchschnitt der Region, da die Bewertung in den anderen MOE-Ländern gestiegen ist. So sind beispielsweise in Ungarn, Tschechien, Litauen und Slowenien weit mehr als 50% zufrieden mit der gegenwärtigen Lage der eigenen Branche.

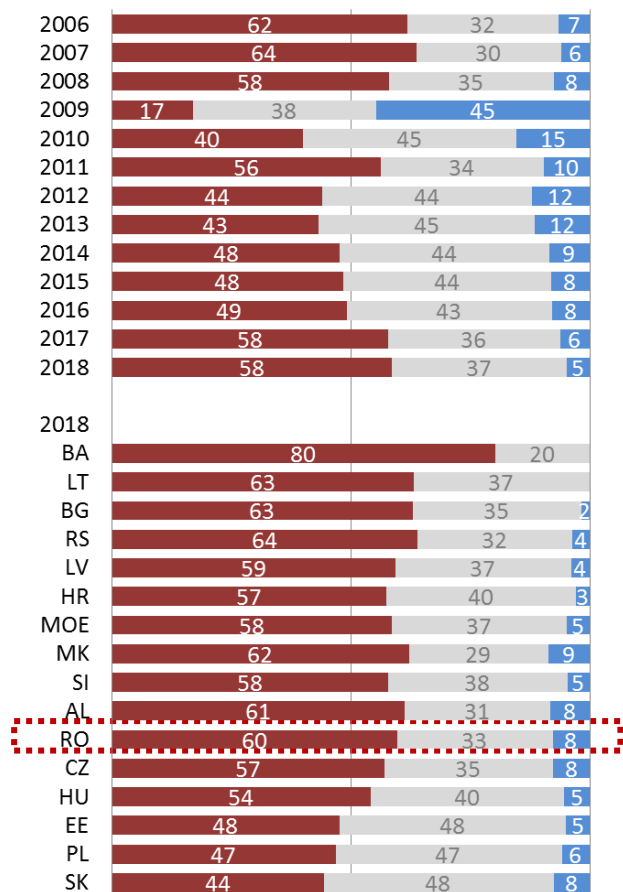
1.5 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Geschäftslage Ihres Unternehmens?

MOE-Durchschnitt



1.6 Wie wird sich die Geschäftslage Ihres Unternehmens in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr entwickeln?

MOE-Durchschnitt



Bei den **Beschäftigungsabsichten** steht Rumänien im Ländervergleich der diesjährigen Umfrage gut da und befindet sich unter den Top 3 in der Region in dem Vorhaben, Personal einzustellen. 52% der Unternehmen beabsichtigen die Zahl ihrer Beschäftigten zu erhöhen (2015: 52%, 2016: 48%, 2017: 54%) und nur 10% wollen die Mitarbeiteranzahl reduzieren (2015: 7%, 2016: 11%, 2017: 10%). Aufgrund der guten Bewertung der eigenen Geschäftslage und der eigenen Branche ist es naheliegend, dass die Unternehmen sich weiter entwickeln wollen. Die Absicht, Personal einzustellen, ist ausgeprägter im Dienstleistungsbereich und in der Produktion, bei mittelständischen und Großunternehmen.

Was die **Investitionspläne** betrifft, haben sich die Ergebnisse leicht verbessert: 46% (2017: 37%) der Befragten geben an, dass sich ihre Investitionsausgaben in diesem Jahr besser entwickeln

werden als im Vorjahr, während nur noch 13% (2017: 21%) eine negative Entwicklung sehen. Auch hier sind Dienstleister und Produktionsunternehmen eher bereit, Investitionen zu tätigen.

Leicht verbessert hat sich auch die Beurteilung der eigenen **Umsätze**. Hier zeigen sich die befragten Unternehmen etwas optimistischer im Vergleich zum Vorjahr. So rechnen 67% der Befragten dieses Jahr mit steigenden Umsätzen (2017: 66%) und nur noch 5% sind der Meinung, dass ihr Umsatz im Vergleich zum Vorjahr kleiner ausfallen wird (2017: 11%).

Was die **Exporttätigkeit** betrifft, hat sich das Ergebnis ebenfalls verbessert: 53% der Befragten meinen, dass ihre Exporte dieses Jahr höher liegen werden gegenüber 2017 (42%) und nur 7%, dass sich ihre Exporttätigkeit vermindern wird. Im verarbeitenden Gewerbe hat keines der befragten Unternehmen angegeben, dass sich die Exporte schlechter entwickeln werden.

V. Standortbedingungen

Auch die diesjährige Umfrage untersucht insgesamt 21 Standortfaktoren, die in drei Gruppen gegliedert werden können: wirtschaftspolitische Faktoren; Faktoren, die das operative Umfeld betreffen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt. Trotz der positiven Bewertungen der eigenen Geschäfte, werden die Bedingungen am Standort negativ aufgefasst.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben sich laut der aktuellen Umfrage in den meisten Bereichen verschlechtert. Vor allem in der Korruptionsbekämpfung, bei der Rechtssicherheit und Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Dazu haben maßgeblich die Änderungen der Strafprozessordnung beigetragen, weil diese zur Schwächung der Standortkriterien wie Rechtssicherheit, öffentliche Vergabepaxis oder Bekämpfung der Korruption führen.

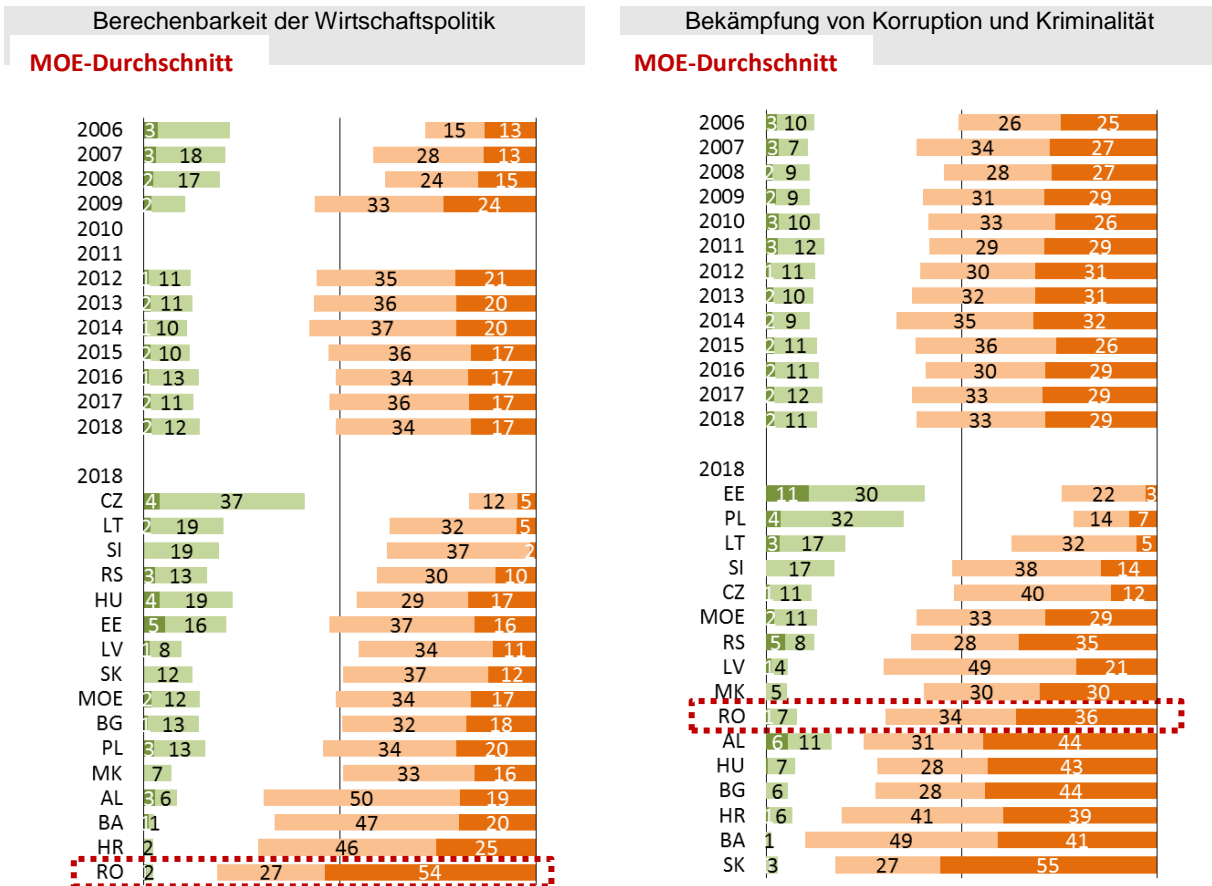
Die Unternehmen bleiben auch dieses Jahr besonders unzufrieden in Bezug auf Steuerverwaltung und öffentliche Behörden, politische und soziale Stabilität, aber auch die Infrastruktur stellt in Rumänien schon seit Jahren ein Hindernis für Investoren dar. Außerdem klagen, wie in der gesamten MOE-Region, viele Unternehmen in Rumänien über einen Mangel an Arbeits- und Fachkräften.

1. Wirtschaftspolitische Faktoren

Der Bereich Wirtschaftspolitik umfasst Standortkriterien, die direkt von staatlichen Maßnahmen beeinflusst werden. Hierzu gehören öffentliche Verwaltung, Steuersystem und -behörden, Gesetzgebung, Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, Zugang zu Fördermitteln, Vergabesystem und Bekämpfung der Korruption. Durch seine Wirtschaftspolitik beeinflusst der Staat den Erfolg eines Unternehmens, aber auch langfristige, wichtige Investitionsentscheidungen hängen von den Entscheidungsträgern auf lokaler oder nationaler Ebene ab.

Ein wichtiges Thema für deutsche Unternehmen in Rumänien bleibt die Fortführung der Korruptionsbekämpfung. Die Maßnahmen im Bereich **Korruptionsbekämpfung** z.B. die Verurteilung von hohen politischen Entscheidungsträgern und die nachhaltige Durchsetzungskraft der zuständigen Institutionen hatten ab 2015 begonnen die Wahrnehmung der Unternehmen ins Positive zu wenden. Doch die während 2017 angestrebten bzw. 2018 durchgesetzten Gesetzesänderungen stellen den Willen der sozialdemokratischen Regierung in Frage, den Kampf gegen Korruption kompromisslos fortsetzen zu wollen. Das führt zu einer starken Verunsicherung unter deutschen Investoren, was sich auch in den diesjährigen

Ergebnissen widerspiegelt. Die Zahl derjenigen, die sehr unzufrieden sind, wie der Kampf gegen Korruption geführt wird, hat im Vergleich zur Vorjahresumfrage (2018: 36%, 2017: 29%, 2016: 6%) weiter zugenommen. 34% sind unzufrieden (2017: 33%, 2016: 26%) und nur noch ein kleiner Teil von 7% ist zufrieden (2017: 17%, 2016: 28%). Rumänien fällt auch in diesem Bereich unter dem MOE-Durchschnitt und schneidet noch schlechter ab als 2017.



Auch hinsichtlich der Beurteilung der **öffentlichen Verwaltung** hat sich die Meinung der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Die Zahl der Unzufriedenen ist auf 42% gestiegen (2017: 33%, 2016: 36%), nur noch 6% der Befragten bewerten die Arbeit der öffentlichen Verwaltung mit „zufrieden“ (2017: 10%). Das zeigt, dass die Qualität der Verwaltung dringend verbessert und die Bürokratie weiter abgebaut werden muss.

Auch was die **Rechtssicherheit** betrifft, sind die Ergebnisse der aktuellen Umfrage schlechter im Vergleich zum Vorjahr. Rumänien liegt weit unter dem Durchschnitt der Region. Die Zahl derer, die eher unzufrieden sind bleibt auf dem gleichen Niveau (39%), die Zahl der sehr Unzufriedenen ist jedoch gestiegen, von 14% im Vorjahr auf 37% in der diesjährigen Umfrage und nur noch 6% (2017: 12%) zeigen sich mit dem Bereich Rechtssicherheit in Rumänien zufrieden. Zu Besorgnis haben die Gesetzänderungen des Steuergesetzes und des Strafgesetzbuches geführt. Die Einhaltung und Verlässlichkeit von Gesetzen sind und bleiben elementar wichtige Kriterien bei der Investitionsentscheidung.

Der Bereich **Transparenz bei der öffentlichen Vergabe** wurde schlechter bewertet als im Vorjahr und Rumänien fällt auch hier unter den Durchschnitt der Region mit 36% der Befragten, die sehr unzufrieden sind (2017: 20%) und nur einem kleinen Anteil zufriedener (7%). Deutsche

Unternehmen benötigen eine faire Vergabep Praxis, um an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können.

Auch die **Steuerbelastung** in Rumänien wurde von der Unternehmerschaft insgesamt etwas schlechter bewertet als 2017, trotzdem liegt Rumänien in der aktuellen Umfrage knapp über dem MOE-Durchschnitt. Der Anteil derer, die mit der Steuerbelastung sehr unzufrieden sind, ist auf 19% gestiegen (2017: 7%), die Zahl der Zufriedenen ist vergleichbar: 18% in 2017 und 17% dieses Jahr. Die **Steuerverwaltung** wurde schlechter bewertet als ein Jahr zuvor.

Was die **Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik** angeht, ist ein Großteil der deutschen Unternehmen dieses Jahr unzufriedener als im Vorjahr. 54% geben an, sehr unzufrieden zu sein (2017: 22%) und 27% unzufrieden (2017: 47%). Rumänien liegt in der diesjährigen Umfrage auf dem letzten Platz in der Region in dieser Hinsicht. Eine Verbesserung der Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik des Landes ist also dringend notwendig, was auch aus der Bewertung der Arbeit der gegenwärtigen Regierung allgemein hervorgeht. Der Großteil der befragten Unternehmen (76%) ist damit sehr unzufrieden und bewertet die **Tätigkeit der Regierung** als schlecht. Für Unzufriedenheit sorgt die politische Instabilität und der damit verbundene Wechsel der Ansprechpartner. Außerdem macht die Bürokratie und die langsame Bearbeitung von Dokumenten vielen zu schaffen.

Auch was die **politische und soziale Stabilität** betrifft, ist Rumänien weiter nach unten gerutscht und liegt nun mit 38% sehr unzufriedenen und 39% unzufriedenen Unternehmen auf dem letzten Platz unter den analysierten MOE-Staaten. Das ist eine deutliche Verschlechterung. 2017 waren 43% der Befragten unzufrieden und nur 13% sehr unzufrieden.

Bei den **Fördermitteln** liegt das Zufriedenheitsniveau in Rumänien auch dieses Jahr unter dem Durchschnitt der Region. Hier liegen die baltischen Staaten sowie Polen deutlich vorne. In Rumänien sind nur 9% der Befragten zufrieden und 44% unzufrieden, ein Zeichen, dass auch 2017 die Auszahlung von EU-Fördermitteln nur schleppend erfolgte. Eine effizientere Nutzung der EU-Gelder bleibt weiterhin eine der Hauptaufgaben der Regierung.

2. Operatives Geschäftsumfeld

Hier wurden Standortfaktoren berücksichtigt, die das operative Geschäftsumfeld und den Arbeitsmarkt betreffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes beeinflussen. Hierzu gehören Infrastruktur, Beziehung zu den lokalen Zulieferern, Zahlungsdisziplin sowie die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung.

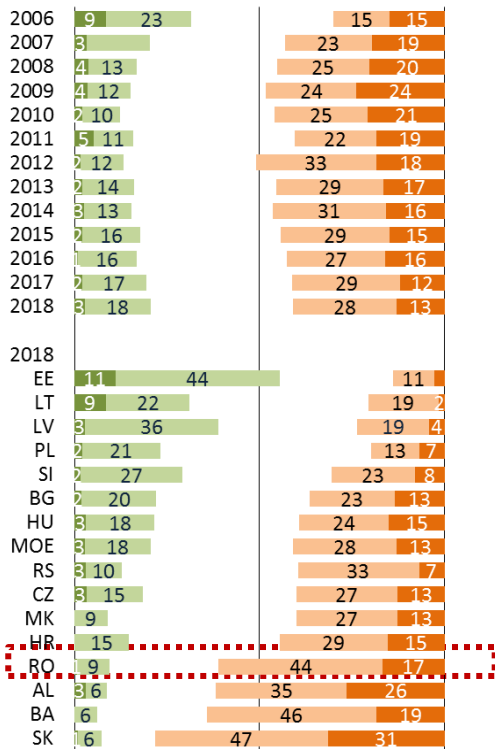
Der Bereich **Infrastruktur**, das heißt Verkehr, Kommunikation und Energie, wird auch dieses Jahr von den deutschen Unternehmen in Rumänien negativ bewertet. Das Land befindet sich auf dem letzten Platz der untersuchten MOE-Staaten. Der Anteil der unzufriedenen und sehr unzufriedenen Unternehmen ist gestiegen und beläuft sich auf 81% (2017: 60%). Über die fehlende Verkehrsinfrastruktur beklagen sich besonders die Produktionsunternehmen, 65% sind eher unzufrieden und 23% sehr unzufrieden. Fehlende Verkehrsinfrastruktur bedeutet fehlende Mobilität, u.a. der Arbeitskräfte, und fehlende Investitionen – insbesondere für die Regionen im Osten und Süden des Landes. Die Tendenz, dass sich die bereits vorherrschenden regionalen Entwicklungsunterschiede innerhalb Rumäniens verfestigen, nimmt auf diese Weise weiter zu.

Was die **Verfügbarkeit und Qualität der lokalen Zulieferer** betrifft, hat sich die Meinung der Unternehmen nicht stark verändert. Rumänien nähert sich dem MOE-Durchschnitt, weil sich

andere Länder, wie Kroatien, Ungarn oder Serbien verschlechtert haben. Die Anzahl der Unternehmen, die zufrieden sind, übertrifft die Anzahl der Unzufriedenen (32% sind zufrieden und sehr zufrieden, 2017: 34%), während 22% unzufrieden und 2% sehr unzufrieden sind (2017: 19% und 3%). Für den Rest ist die Verfügbarkeit der Zulieferer befriedigend.

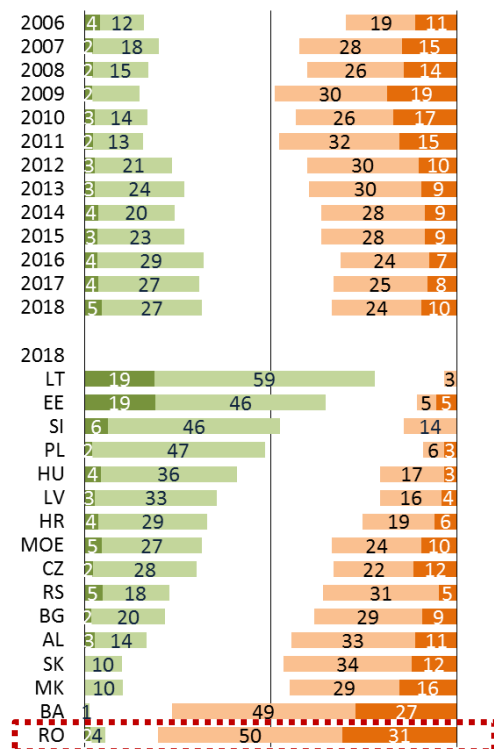
2.5. Zugang zu Fördermitteln

MOE-Durchschnitt



2.6. Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Energie)

MOE-Durchschnitt



Zahlungsdisziplin bleibt Rumänien über dem MOE-Durchschnitt, liegt aber hinter Bulgarien, Slowenien oder der Slowakei. 31% sind zufrieden oder sehr zufrieden (2017: 37%), 20% erklären sich unzufrieden oder sehr unzufrieden, für den Rest ist die Lage befriedigend.

Die **Bedingungen für Forschung und Entwicklung (F+E)** wurden etwas schlechter als im Vorjahr bewertet, nur 7% der Unternehmen sind zufrieden (2017: 14%), während die meisten (54%) unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Obwohl teilweise notwendige Fachkräfte für Entwicklungstätigkeiten schwierig zu finden sind, investieren deutsche Unternehmen in die Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten und engagieren sich zunehmend im Bereich Forschung & Entwicklung, auch in Zusammenarbeit mit den rumänischen Forschungs- und Bildungseinrichtungen, und in die technologische Weiterentwicklung ihrer Unternehmen.

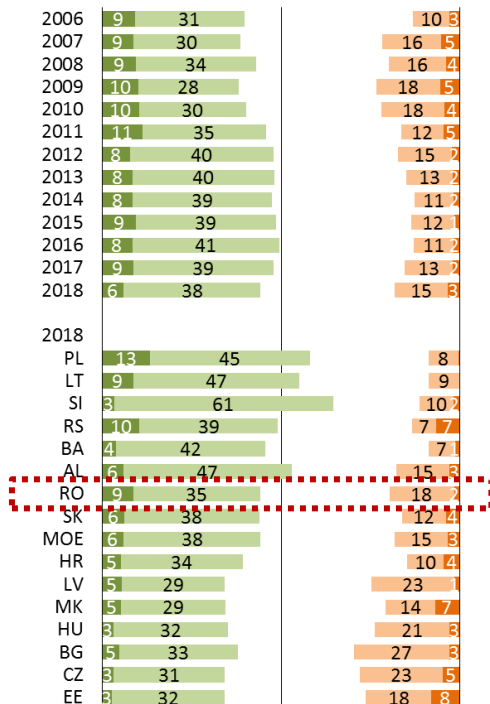
3. Bedingungen am Arbeitsmarkt

Ein wichtiges Standortkriterium für Investoren bleiben die Bedingungen am Arbeitsmarkt. Dazu gehören: Qualifikation des Personals, Leistungsbereitschaft und Produktivität der Arbeitnehmer, aber auch Arbeitskosten, Arbeitsrecht, Bildungssystem und Verfügbarkeit von Fachkräften. Die niedrigen Lohnkosten auf dem rumänischen Arbeitsmarkt im Vergleich zu den anderen EU-

Staaten ist einer der zentralen Standortvorteile des Landes. Auch im Vergleich zu den anderen Ländern in der Region sind die Unternehmen zufrieden bzw. sehr zufrieden (34%), was die **Arbeitskosten** betrifft. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von rund 400 EUR brutto (1.900 RON) befindet sich Rumänien unter den Ländern mit einem niedrigen Lohnniveau, was Investoren anzieht.

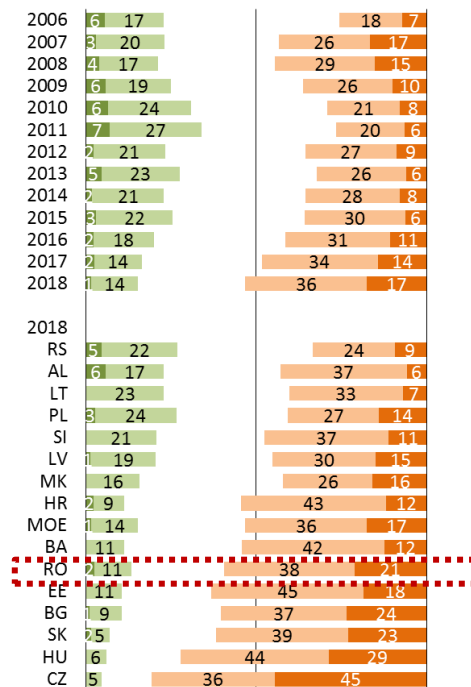
Leistungsbereitschaft und Produktivität
der Arbeitnehmer

MOE-Durchschnitt



Verfügbarkeit von Fachkräften

MOE-Durchschnitt



Bei der **Produktivität und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer** liegt Rumänien über dem MOE-Durchschnitt, die Bewertung ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht zurück gegangen: nur noch 35% der Unternehmen sind zufrieden (2017: 43%) und 18% zeigen sich unzufrieden (2017: 15%). Arbeitskosten und Produktivität stehen aber weiterhin noch in einem guten Verhältnis, was deutsche Unternehmen veranlasst, weiterhin in Rumänien tätig zu werden.

Die **Verfügbarkeit von qualifiziertem Fachpersonal** bleibt eines der wichtigsten Kriterien bei der Investitionsentscheidung. Dies betrifft sowohl die Hochschulausbildung als auch die berufliche Ausbildung. Die Zufriedenheit der Unternehmen ist in dieser Hinsicht weiter zurückgegangen. Nur 13% der befragten Unternehmen sind zufrieden oder sehr zufrieden, für 30% ist die Lage akzeptabel, jedoch ist mehr als die Hälfte (57%) unzufrieden und sehr unzufrieden. Der Fachkräftemangel hat sich im Land verschärft; in Industriegebieten wie Timis liegt die Arbeitslosigkeit bei gerade mal einem Prozent. Besonders im Zentrum und im Westen des Landes wird es für Unternehmen immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden.

Die Unternehmen benötigen ein gut funktionierendes duales Ausbildungssystem, weil die Praxisnähe während der schulischen aber auch universitären Ausbildung fehlt. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der deutschen Wirtschaft von besonderer Bedeutung, dass die rumänischen Entscheidungsträger weiterhin alle Anstrengungen beim Thema Berufsausbildung

unternehmen. Die AHK Rumänien setzt sich seit Jahren aktiv für die Implementierung und Weiterentwicklung des Berufsausbildungssystems in Rumänien ein. Als Partner und Dienstleister für Unternehmen ist es für die AHK Rumänien aber auch ein zentrales Anliegen, interessierten Unternehmen konkrete Unterstützung zu allen Fragen der Aus- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen.

Die Meinung zur **Qualifikation der Arbeitnehmer** hat sich etwas verbessert im Vergleich zum Vorjahr, liegt aber noch unter den Erwartungen und Anforderungen der befragten Unternehmen. So sind 39% der Befragten mit der beruflichen Qualifikation zufrieden bzw. sehr zufrieden, genau wie 2017, während 27% ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Die restlichen 34% finden die Qualifikation der Arbeitnehmer befriedigend. Sowohl bei der Qualität des Hochschulwesens, als auch mit der beruflichen Bildung sind die Unternehmen eher unzufrieden.

Zum Thema **Flexibilität des Arbeitsrechts** lag Rumänien im Vorjahr über dem Durchschnitt der Region. In der diesjährigen Konjunkturumfrage wird dieser Faktor eher negativ beurteilt mit über 34% der Befragten, die in dieser Hinsicht unzufrieden sind, während nur 14% zufrieden oder sehr zufrieden sind. Ein Problem für viele Unternehmen stellt die relativ schnelle Erhöhung des Mindestlohnes dar. Unternehmensvertreter meinen, dass die Wirtschaft zu wenig in dieses Thema eingebunden wird und dass Mindestlohnangleichungen und Produktivitätszuwächse ins Verhältnis miteinander gebracht werden müssen.

Attraktivität des Standortes: Unternehmen weniger zufrieden als im Vorjahr

Der Standort hat laut der diesjährigen Umfrage an Attraktivität verloren. Gefragt, ob sie für eine **Investition wieder Rumänien** wählen würden, antworteten 80% der befragten Manager mit „Ja“, was eine deutliche Verschlechterung gegenüber den 88% des Vorjahres darstellt. Der Durchschnitt der MOE-Region liegt bei 82%. Die Gründe für diese Verschlechterung gehen aus der Umfrage deutlich hervor: es ist nicht die eigene Geschäfts- oder Konjunkturlage, sondern die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Rumänien liegt in der Rangfolge der attraktivsten Investitionsstandorte in der Region Mittel- und Osteuropa zusammen mit Ungarn auf Platz 9 von den insgesamt 20 untersuchten Ländern, mit 3,4 Punkten (wobei 1 die beste Note darstellt).

Attraktivstes Land in der Region ist auch dieses Jahr Tschechien, gefolgt von Polen, Estland, der Slowakei und Slowenien. Die letzten Plätze werden von Bosnien-Herzegowina (Rang 18), Kosovo (19) und Albanien (20) besetzt.

VI. Über die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer

Die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer (AHK Rumänien) ist die offizielle Vertretung der deutschen Wirtschaft in Rumänien und zugleich die größte bilaterale Wirtschaftsorganisation in Rumänien. Die im September 2002 gegründete AHK Rumänien zählt 600 Mitgliedsunternehmen und bietet Unternehmen eine wichtige Networking-Plattform für Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Mit ihrem Leistungsangebot und ihren Veranstaltungen unterstützt sie aktiv deutsche Firmen bei ihrem Markteintritt und Standortaufbau in Rumänien und ist zugleich ein vertrauensvoller Partner für rumänische Unternehmen mit Interesse am deutschen Markt. In Rumänien widmet sich die AHK Rumänien aktiv der Implementierung des dualen Berufsbildungssystems nach deutschem Vorbild durch ihre Initiative Edu Pro und betreibt eine eigene GreenTech Initiative, econet romania, sowie ein eigenes Ständiges Schiedsgericht.

Weitere Informationen unter www.ahkrumaenien.ro. Sie finden uns ebenfalls in den Social Media, auf Facebook und LinkedIn / ahkromania.

Impressum

Herausgeber:



Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer

Str. Clucerului 35, et. 2
RO-011363 Bukarest, Rumänien
Tel.: +40 21 223 15 31, Fax: +40 21 223 15 38
E-Mail: drahk@ahkrumaenien.ro
Web: www.ahkrumaenien.ro
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Sebastian Metz

Redaktion:

Carmen Kleininger

Redaktionsschluss:

Juli 2018

Haftungsausschluss:

Obwohl diese Publikation mit größter Sorgfalt erarbeitet worden ist, kann keine Garantie über die Fehlerfreiheit und Vollständigkeit der darin enthaltenen Informationen gegeben werden. Daher übernimmt der Herausgeber keine Haftung für eventuelle Fehler und Unvollständigkeiten.

Die Informationen in dieser Publikation ersetzen in keiner Weise die professionelle Beratung.

Alle Rechte vorbehalten. © Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer, 2015

Download des Berichts:

<http://rumaenien.ahk.de/presse-publikationen/ahk-publikationen/>